



Pressemitteilung

Luxemburg, den 17. Mai 2022

EU muss Förderung für die internationale Ausrichtung kleiner Unternehmen besser organisieren und bekannter machen

Einem Bericht des Europäischen Rechnungshofs zufolge hat die Europäische Kommission zwar die größten Hindernisse für die Internationalisierung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in der EU identifiziert und zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um diesen Unternehmen zu helfen, ihre Geschäftstätigkeit auf internationale Märkte inner- wie außerhalb der EU auszuweiten. Allerdings seien diese Maßnahmen manchmal nicht in sich schlüssig und nicht bekannt genug, und die Kommission koordiniere sie nicht immer ausreichend mit den Förderprogrammen der Mitgliedstaaten. Das "Enterprise Europe Network" (EEN), eine Leitinitiative der Kommission zur Unterstützung von KMU, die auf internationale Märkte streben, müsse Nicht-EU-Länder besser abdecken. Bei "Startup Europe", einer kleineren Initiative speziell für High-Tech-Start-ups, müsse die Arbeit langfristiger angelegt werden.

KMU – d. h. Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern – bilden mit 99 % aller Firmen das Rückgrat der EU-Wirtschaft. Mit Ausnahme der Finanzwirtschaft stehen die KMU für zwei Drittel der Arbeitsplätze sowie mehr als die Hälfte der Wirtschaftsproduktion der EU. Jedoch fallen nur 30 % der EU-Exporte auf sie. KMU sind auf internationalen Märkten weniger aktiv als größere Unternehmen, denn häufig sind ihnen die Regelungen für den internationalen Handel und die öffentlichen Fördermaßnahmen nicht bekannt, und oft mangelt es ihnen auch einfach am erforderlichen Know-how. Daher hat die Kommission zahlreiche Förderprogramme aufgelegt, und seit 2011 folgt sie einer EU-Strategie für die Internationalisierung von KMU, mit der die Koordinierung aller bestehenden Unterstützungsmaßnahmen verbessert werden soll.

"Kleine Unternehmen sind für die Wirtschaft der EU von größter Bedeutung. Durch den Handel innerhalb Europas und den Export über die Grenzen Europas hinaus können sie sogar noch stärker zur Wirtschaftsleistung der EU beitragen", so Ivana Maletić, das für den Bericht zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Die Kommission sollte die Informationen zur Unterstützung der Internationalisierung von KMU leichter zugänglich machen und ihre Programme den europäischen KMU näherbringen, die noch immer viele der bestehenden Instrumente und Projekte nicht kennen."

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen des Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofs. Bericht im Volltext unter www.eca.europa.eu.

ECA Press

12, rue Alcide De Gasperi – L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu @EUAuditors eca.europa.eu

Die Prüfer stellten fest, dass die Strategie noch nicht vollständig umgesetzt wurde. Der Kommission sei es zwar zumindest teilweise gelungen, zentrale Maßnahmen wie die Entwicklung des Online-Informationsportals für Exportunternehmen ("Access2Markets") umzusetzen, doch seien Versuche, die Maßnahmen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten besser untereinander abzustimmen, erfolglos geblieben. Insbesondere habe die Kommission keinen aktuellen Überblick der Maßnahmen vorgelegt, mit dessen Hilfe sich Lücken, Überschneidungen und Synergien identifizieren ließen. Die Prüfer kritisieren auch die mangelnde Abstimmung der vielen EU-Aktivitäten, mit denen die internationale Ausrichtung der KMU gestärkt werden soll: Auf verschiedenen Ebenen – unter anderem zwischen der EU und den Mitgliedstaaten – mangle es an Koordinierung. Ferner stellten sie fest, dass die Kommission der finanziellen Nachhaltigkeit der Förderprogramme nicht immer genügend Aufmerksamkeit geschenkt habe, da mehrere davon trotz positiver Ergebnisse eingestellt worden seien. Was die Sensibilisierung der Unternehmen betreffe, so seien Informationen über mögliche Hilfen nun leichter zugänglich, doch werde noch immer nicht genug auf die Vorteile von Freihandelsabkommen hingewiesen – diese seien für KMU zwar ein komplexes Thema, für ihre internationale Ausrichtung aber von entscheidender Bedeutung.

Die Prüfer stellten fest, dass die Ziele des EEN insgesamt erreicht worden seien. Bei der Sichtbarkeit, der Koordinierung und der Abdeckung von Nicht-EU-Ländern müsse es aber Verbesserungen geben sowie mehr Kapazitäten zur Unterstützung von KMU beim Förderzugang sowie bei der Nutzung der Vorteile von Freihandelsabkommen. Die Leistung des EEN sei von Land zu Land bzw. je nach regionalem Umfeld unterschiedlich ausgefallen: Während etwa die Arbeit einiger außerhalb der EU angesiedelter Büros für Unternehmenskooperation – wie des EU-Japan-Zentrums – sehr gelobt worden sei, seien andere für schlechten Service und träge Reaktion kritisiert worden. Die EEN-Mitglieder hätten ferner über eine mangelnde Präsenz der Zentren in Ländern berichtet, die wichtige Handelspartner sind, darunter China. Die Initiative "Startup Europe" ist den Prüfern zufolge nur auf den kurzfristigen Bedarf von Start-ups ausgerichtet. Keines der von "Startup Europe" finanzierten Projekte sei nach dem Auslaufen der Finanzhilfe fortgeführt worden, und generell habe es bei den Fördermaßnahmen Probleme mit der nachhaltigen Ausrichtung gegeben. Die Zusammenarbeit mit anderen Förderinstrumenten sei begrenzt gewesen, und in einigen Fällen seien durch die Initiative geförderte Start-ups von Großunternehmen von außerhalb der EU aufgekauft worden – was nicht unbedingt der Absicht entspreche, Unternehmen zwar bei ihrem internationalen Wachstum zu unterstützen, sie jedoch in der EU zu halten. Die Prüfer fordern die Kommission darüber hinaus auf, die Ergebnisse der Initiative besser zu überwachen, um bewerten zu können, inwieweit sie insgesamt zur Internationalisierung der KMU beigetragen hat.

Hintergrundinformationen

In den EU-Mitgliedstaaten gibt es über 20 Millionen KMU, die rund 100 Millionen Menschen beschäftigen. Als KMU gelten Firmen mit weniger als 250 Beschäftigten und entweder einem Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen Euro oder einer Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Millionen Euro. Internationalisierung ist der Prozess der Beteiligung von Unternehmen an internationalen Märkten, vor allem durch Exporte. Die EU-Mittel speziell für die Internationalisierung von KMU beliefen sich im Zeitraum 2014-2020 auf rund 850 Millionen Euro, davon etwa 450 Millionen Euro für das EEN und 30 Millionen Euro für "Startup Europe". Hinzu kommen Mittel aus allgemeiner ausgerichteten EU-Initiativen wie den europäischen Struktur- und Investitionsfonds, dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) und der Initiative

"Horizont 2020". Das EEN und "Startup Europe" sind erste Anlaufstellen für europäische KMU und Start-ups, die Beratung und Vernetzung zum Thema Export suchen. Ende 2020 verfügte das EEN über 625 Partnerorganisationen wie regionale Entwicklungsagenturen, Handelskammern oder Forschungsinstitute in 65 Ländern, die in regionalen Zusammenschlüssen organisiert waren. Zwischen 2014 und 2020 wurden 22 Projekte durch "Startup Europe" gefördert, wovon über 1 000 Unternehmen profitierten. Der Sonderbericht 07/2022 "Instrumente zur Internationalisierung von KMU: viel Unterstützung, die aber weder ganz kohärent noch koordiniert genug ist" ist auf der [Website des Hofes](#) abrufbar. Es ist die jüngste einer Reihe von Veröffentlichungen des Hofes, in denen die Unterstützung für KMU analysiert wird. Zu den weiteren Veröffentlichungen gehören Sonderberichte über die [Kapitalmarktunion](#), das [KMU-Instrument](#), [Risikokapital](#) und die [KMU-Bürgschaftsfazilität](#). Der Europäische Rechnungshof wird in Kürze einen Sonderbericht über die EU-Unterstützung für die [Wettbewerbsfähigkeit von KMU](#) veröffentlichen.

Pressekontakt

Pressestelle des Hofes: press@eca.europa.eu

- Damijan Fišer: damijan.fiser@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 621 552 224
- Claudia Spiti: claudia.spiti@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 691 553 547
- Vincent Bourgeais: vincent.bourgeais@eca.europa.eu – Mobil: (+ 352) 691 551 502